

Sein und Bewusstsein – Widersprüche bei Marx?

Thomas Metscher: Sein und Bewusstsein. Ontologische Reflexionen, Mangroven Verlag, Kassel 2023, 336 S., 25,- Euro

Sein und Bewusstsein – ihre jeweilige Bedeutung sowie ihr Verhältnis zueinander sind zentrale Begriffe der Philosophie, vor allem auch der marxistischen. Metscher nimmt sie als Rahmen, um darin wichtige Fragen und Begriffe zu diskutieren. Sein ‚Gesprächspartner‘ ist der 2011 verstorbene marxistische Philosoph Hans Heinz Holz.

Das Buch beginnt mit einer »lyrischen Montage«, überschrieben mit »Babij Jar. Der Spiegel des Sees und die Form des Gedankens«. Der »See« steht für den Wohnort von Holz am Lago Maggiore, und mit dem »Spiegel« wird eine zentrale Metapher und Kategorie von Holz leitmotivisch an den Anfang gesetzt. Mit »Babij Jar« wird nicht nur das 1941 verübte Verbrechen an Juden in einer Schlucht bei Kiew erinnert, begangen in der »Kumpanei von SS und Bandera-Banden« (11), sondern es wird zugleich die Gegenwart mit dem Krieg in der Ukraine präsent. Die sich anschließenden Verse erinnern an die weltweiten Befreiungskämpfe als Rahmen für das historische ‚Ganze‘, das auch für die nachfolgenden »ontologischen Reflexionen« als Hintergrundfolie mitzudenken ist.

Zur Gliederung des Bandes: Nach dem ca. zehnteiligen Einstieg mit der ‚lyrischen Montage‘ (I) folgt der umfangreichste, ca. 260 Seiten umfassende Teil: die »ontologischen Reflexionen im Anschluss an Holz‘ Denken« (II), dem als dritter und letzter Teil »Der Marxismus

als Theorie des Gesamtzusammenhangs. Ein Versuch zum Denken von Hans Heinz Holz« als Schluss angefügt ist (III). Ein vierseitiges Literaturverzeichnis findet sich am Ende.

Der Hauptteil beginnt mit einem »Vorwort« und der Begründung des ganzen Unternehmens: »Die Theorie des Bewusstseins ist noch immer ein Desiderat marxistischen Denkens.« (19) Was dann ausgeführt wird bis in die komplexesten Kategorien, ist die These, dass für ein materialistisches Denken ‚Bewusstsein‘ nur angemessen begriffen werden kann in seiner Einbettung in das ‚Sein‘, verstanden als außermenschliche Natur, in der im Zuge der Evolution sich Bewusstsein und gesellschaftliches Sein herausgebildet haben, fortan die Rahmenbedingungen menschlich-gesellschaftlichen Denkens und Handelns. Bewusstsein, so Metschers »Grundthese«, »lässt sich allein ‚phänomenal‘: in seinen Tätigkeiten, Produktionen und Rezeptionen, aus der Vielgestaltigkeit seiner historisch-gesellschaftlich auftretenden Formen – in diesem Sinn ontologisch – erschließen als Wirklichkeitsform und struktureller Bestandteil des geschichtlichen Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse.« (19f)

Die Frage nach Sein und Bewusstsein »war eine zentrale Frage der Gespräche zwischen Holz und mir« (20). Es folgen dann »im Vorgriff« einige Ergebnisse dieser Gespräche, wobei eine Reihe von Themen und Kategorien zur Diskussion stehen, die dann in den weiteren Abschnitten des Buches ausführlich erläutert werden, so etwa Bewusstsein als Sprache und konstitutiver Bestandteil menschlicher Arbeit und Tätigkeit, als Bestandteil eines »Welt-erschließenden elementaren Logos«, als »Denken zwischen den Polen von Metapher, Symbol und Begriff«, so in »den historischen Weltanschauungs-

systemen: Mythos, Religion, Kunst, Philosophie« sowie Wissenschaft, aber auch als Ideologie. »Um diese Vielfalt der ontologischen Formen von Bewusstsein theoretisch zu erfassen, wird hier der Begriff des ‚Logos‘ gebraucht.« (20)

Zum Gemeinsamen der Gespräche mit Holz gehörte, »dass es uns immer ums Ganze ging« (21). Und für die Reflexion dieses Ganzen oder den von Engels gebrauchten Begriff des »Gesamtzusammenhangs« wird »in einer metaphysikkritischen Zeit« der Begriff der »Ontologie« gewählt.

Damit sind die Umgrenzungen des ‚Spielfelds‘ genannt, innerhalb dessen im einzelnen dann eine Fülle von Gedanken diskutiert wird, durchaus als »Versuchscharakter des Unternehmens« (22), »das nirgendwo ein wie auch immer geschlossenes System« darstellt. Metscher geht es dabei, wie er immer wieder betont, um die »Auflösung der Metaphysik in Dialektik« (23); und was er nicht mehr mit Holz diskutieren konnte, ist u. a. der Gesichtspunkt »der mangelnden Dialektik in traditionellen Auslegungen des Verhältnisses von Sein und Bewusstsein und den Folgen der hier vorliegenden verfehlten Rezeption«, wozu Metscher selbst später, nicht zuletzt im Anschluss an Lenins Kommentare zu Hegels Wissenschaft der Logik, sich geäußert hat, z. B. im Heft 7/2015 der »Aufhebung. Zeitschrift für Dialektische Philosophie«.

Der Themen- und Gedankenreichtum des Bandes erfordert hier die Beschränkung auf eine winzige Auswahl, zumal ein Großteil davon bereits auch in früheren Werken von Metscher publiziert und debattiert worden ist, z. B. in dem 2010 erschienen Werk »Logos und Wirklichkeit. Ein Beitrag zu einer Theorie des gesellschaftlichen Bewusstseins«.

Wir beschränken uns hier auf den Ersten Teil, »Sein und Bewusstsein‘ – Struktur und dynamische Bewegung« (24–44) als einer Schlüsselpassage des Buches! Es geht da um Marx‘ berühmtes Vorwort (MEW 13, 7–11), das dieser als erläuternden Einstieg zu seiner 1859 erschienenen Schrift Zur Kritik der Politischen Ökonomie formulierte hatte. Marx gibt da einen kurzen Rückblick auf seine politökonomischen Studien, einschließlich der entsprechenden Beschäftigung mit Hegel, deren Ergebnisse darin mündeten, »dass Rechtsverhältnisse wie Staatsformen ... in den materiellen Verhältnissen wurzeln« und dass »die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei«. (MEW 13, 8) Er schreibt dann: »Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden:...« Es folgt dann die oft zitierte Passage, die, so Metscher, »als Grundsatz des Marxismus weltweit Verwendung fand und, wenn auch in reduzierter Form, noch immer findet« (24), ein Rezeptionsfaktum, für das man schwerlich Marx verantwortlich machen kann.

Metscher kritisiert nun eine im Vorwort enthaltene »deterministische Theorie« (26), deren »grundlegenden Fehler« (27) er »im Mangel eines dialektischen Verständnisses der im Vorwort benannten Seinsverhältnisse« sieht. Das sei eine gewisse »Zurücknahme« gegenüber zuvor gewonnenen Einsichten, die bereits in der Deutschen Ideologie und in den Feuerbachthesen gewonnen worden seien. So blieben im Vorwort »Rolle und Funktion der arbeitenden Klassen... unbehandelt« und »die Frage eines sinnlich-gegenständlich handelnden Subjekts wird gar nicht gestellt«, wie das mit dem in den Feuerbachthesen skizzierten Be-

griff der »gegenständlichen Tätigkeit« der Fall sei, der für Metscher einen zentralen Grundbegriff seines eigenen theoretischen Ansatzes darstellt. Kurz: Metscher sieht hier Widersprüche: »Sie durchziehen Marx' ganzes Werk, sind nicht auf bestimmte Phasen beschränkt.« (27) Diese etwas pauschale Kritik kann hier nicht ausführlich diskutiert werden. Immerhin wäre z.B. daran zu erinnern, dass für Marx, der von einer letztlich bestimmenden Rolle der Produktivkräfte für historisch-gesellschaftliche Entwicklungen ausging, der tätige Mensch die wichtigste und bestimmende Produktivkraft darstellt. Insofern ist der Vorwurf nicht sonderlich überzeugend, Marx setze eine determinierende ökonomische Struktur ohne Subjekt voraus. Metscher sieht im Vorwort die Gefahr einer strukturalistischen Deutung des Marxismus und betont, »dass die Klassiker ein widerspruchsvolles Werk hinterließen, das kritisch zu interpretieren und das nur dialektisch weitergeführt werden kann« (31), was Metscher »Marxismus II« nennt (32). Unbestreitbar ist natürlich, dass der Marxismus wie jede Theorie kritisch analysiert und ggf. weiterentwickelt werden

muss. Elemente davon hatte bereits Engels in seinen Altersbriefen angemahnt.

Metscher resümiert: »Meine Kritik der Rezeption des Marx'schen Vorworts in der Geschichte der Politik und des Denkens, nicht zuletzt in der Geschichte des Marxismus selbst, bedeutet also nicht die Zurücknahme seines weltgeschichtlich wegweisenden analytischen Gehalts... Sie konstatiert vielmehr den analytischen Irrweg einer historisch folgenreichen Interpretation, an der Marx selbst, so scheint mir, nicht unbeteiligt war.« (37) Die Weiterentwicklung marxistischer Theorie erfolgte dann diskontinuierlich und auf »meist unverbundenen Wegen, die in Deutschland von Marx und Engels bis Haug und Holz reichen.« (38)

Schließlich kommt Metscher zu einem Ergebnis, das für Marx eine Selbstverständlichkeit war und oben bereits angesprochen wurde: »Die Produktivkräfte werden durch menschliches Handeln entwickelt.« (40) Und Metscher führt daher mit Recht gegen Ende dieses Teils das berühmte Zitat über die Spezifik der menschlichen Arbeit aus dem 1. Band des Kapital an (MEW 23, 192f).

Richard Sorg

Revolution: Zwischen Diktatur und Demokratie

Wladislaw Hedeler: Julius Martow oder: Für die Diktatur der Demokratie (= Biografische Miniaturen). Karl Dietz Verlag, Berlin 2023, 200 S., 6 Abb., 12,00 Euro

Es ist die alte Gretchenfrage der Linken: Wie gelingt der Sprung in einen Sozialismus, der diesen Namen verdient. Sind

die Erfahrungen der russischen Revolutionen und ihrer Nachfolger in Osteuropa, Asien und Lateinamerika nicht abstoßend, weil sie mit diktatorischen Mitteln, auch ungerechtfertigter Repression und übertriebener Härte des Klassenkampfes verbunden waren? Ist die Alternative ein demokratischerer Weg zum Sozialismus, der auf solche Härten verzichtet und doch die Menschen für die neue Gesellschaft mitnimmt und äußeren wie inneren Bedrohungen widersteht?

Wladislaw Hedeler ist dieser Frage in einer biografisch-dokumentarischen Untersuchung nachgegangen, in dem er eine der bemerkenswert-tragischen Figuren der russischen Revolutionen vorstellt und anhand von Texten und Reden befragt. »Von denen, die in den Auseinandersetzungen der vergangenen Jahrtausende unterlagen, haben es nur wenige auf Historienbilder geschafft. Eher findet man sie in der Unterwelt der und des Verdrängten. Auch Julius Martow (1873-1923) ist ein solch Geschlagener. 1895 stand er zusammen mit Lenin an der Wiege der russischen Sozialdemokratie, 1903 wurde er das erste Opfer der leninschen Politik, die Rosa Luxemburg als ‚eine Politik des ewigen Schismas‘ bezeichnete.« (8)

Das Buch gliedert sich in drei Abschnitte: Eine biografisch-politische Einführung, Auszüge aus Arbeiten Martows sowie zeitgenössischen Texten über ihn. In der tiefgründigen Einführung stellt Hedeler den russischen Sozialdemokraten in den Kontext des Ringens um den besten Weg zur Überwindung der zaristischen Selbstherrschaft und der Eröffnung einer längerfristigen, vielleicht sozialistischen Perspektive für Russland. Er erinnert an Martows Rolle im Streit um den Charakter einer linken Partei: Als Ort der demokratischen Austragung unterschiedlicher politischer Ansichten oder als straff geführtes, zentralistisch organisiertes Kampfinstrument für die Revolution. Bekanntlich unterlag Martow hier Lenin 1903, der sich durchsetzte und – wie Hedeler anmerkt – letztlich allein in dieser »*einzig*en Frage die Mehrheit erzielte« (8), die seiner Strömung den Beinamen Bolschewiki gab – und Martow zur zentralen Figur der Minderheit, der Menschewiki, machte. Nur, in der Linken waren die Menschewiki bis

1917, bis zum endgültigen Bruch, zahlenmäßig die stärkste Kraft.

Deutlich wird allerdings, dass es diesem Streit, der sich bis zum Beginn der Revolutionen 1917 hinzog, immer auch und vor allem um die Perspektive einer solchen Revolution ging. Sie war für Martow und seine Gefährten eine Revolution in einem unreifen Kapitalismus, der noch nicht die Chance für eine sozialistische Umwälzung bot und diese letztlich – wenn dieser Reifestand negiert würde – nur in eine Minderheiten-Diktatur über die Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft führen könnte.

Martow wusste, dass »dies... der Kernpunkt des Problems (ist). Die in der Staatsgewalt konzentrierte reale Macht, die fähig ist, den *bewussten Willen der Mehrheit* gegen den Widerstand einer ökonomisch mächtigen Minderheit durchzuführen, dies allein ist, dies allein kann nur, im Einklang mit der Lehre von Marx, die Diktatur des Proletariats sein.« (109) Er sah diese proletarische Diktatur unzweifelhaft »im Einklang mit der Herrschaft der Demokratie, sie kann auch nur bestehen im Rahmen der Demokratie, nur bei konsequenter Durchführung der Herrschaft der Mehrheit, nur bei Verwirklichung der vollen politischen Gleichheit aller Bürger« (109). Dieser unbändige demokratische Optimismus kollidiert ebenso unabwendbar mit den politischen Realitäten Sowjetrusslands und dem unbändigen Willen der Bolschewiki – mit dem gleichen demokratischen Anspruch –, diese Macht mit allen Mitteln hier und jetzt durchzusetzen.

Martow, Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie, hatte sich schon 1905 in der damaligen Revolution engagiert. Er griff nach seiner Rückkehr aus dem Schweizer Exil 1917 in die poli-

tischen Kämpfe ein, sah sich nach der Februarrevolution als Internationalist konträr zu seinen damals kriegswilligen Menschewiki, durchaus konform mit Lenin. Aber eine Beteiligung an der Leninschen Revolutionsregierung war für ihn angesichts des klaren Ziel- und Methodenkonflikts inakzeptabel. Er wollte die Sozialdemokratie als linke Oppositionspartei etablieren, die sich loyal zur Verteidigung der Revolution im Bürgerkrieg stellte, aber gleichzeitig in der Lage wäre, die Regierungspolitik, die mehr wollte als Martow in Russland für verwirklichter hielt, kritisierte. Ein unlösbarer Konflikt, mit der Konsequenz, »objektiv die Klassenbasis der proletarischen Bewegung zu verlassen. Das würde im besten Falle bedeuten, im Kampf zwischen Denikin und dem Bolschewismus *politische Neutralität* zu wahren, im schlechtesten Falle..., die Rolle eines Gehilfen der denikinschen Konterrevolution zu spielen.« Eine solche Neutralität sei also nicht möglich, sondern die linke Opposition müsste sich »an die Seite der bolschewistischen Macht stellen, und somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt objektiv nicht nur die Interessen unserer Partei, sondern auch der Revolution als Ganzes verteidigen« (117).

Martows Niederlagen – sowohl 1903 in der Parteifrage wie 1917 in der Frage des Charakters der Revolution – entschieden sich allerdings nicht durch Repressionen seitens Lenins, sondern durch Autorität und Überzeugungs-

kraft der Argumente und die Zwänge von Revolution und Konterrevolution. Die Bolschewiki fanden Massenanhänger und waren in der Lage, ihre politischen Kräfte so zu organisieren und zu führen, dass sie in der Revolution sich durchsetzen und die Menschewiki wie die auch Linken Sozialrevolutionäre verdrängen konnten.

So blieb Martow in der Opposition als einer der zentralen Köpfe der Menschewiki, was bis 1920 noch möglich war (die Partei wurde faktisch 1921 verboten). Martow akzeptierte die Ausweisung aus Sowjetrußland. Er bewahrte auch im deutschen Exil seine positive Einstellung zur Revolution, verbunden mit der unveränderten Ablehnung der rigiden Praxis der Bolschewiki. Er engagierte sich ablehnend im Streit der deutschen USPD über die dann von einer Parteimehrheit unterstützte Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Schon lange an Tuberkulose erkrankt verstarb er 1923 in Deutschland.

Das Fazit der Lektüre ist unmissverständlich: Ein Revolutionär mit hohen, berechtigten Ansprüchen, gescheitert an den Härten des Klassenkampfes. Oder, wie Trotzki ihn charakterisierte: »Das Unglück dieses Mannes bestand darin, dass das Schicksal ihn zu einem Politiker in einer revolutionären Epoche gemacht hatte, ohne ihm den dazu erforderlichen Vorrat an Willensstärke zu verleihen.« (176)

Stefan Bollinger

Kirchliche Unterdrückung eines Christen

Friedrich-Martin Balzer: Berufsverbot in der Kirche. Der unerledigte Fall Erwin Eckert (mit Beiträgen von Günter Brakelmann, Hanfried Müller und Hermann Schulz), Papy Rossa Verlag, Köln 2023, 292 Seiten, 20,00 Euro

Der in Marburg lebende Autor, Jg. 1940, ist der Sohn eines Pfarrers der Bekennenden Kirche; er promovierte 1972 bei Wolfgang Abendroth über »Klassen-gegensätze in der Kirche« und ist Mitglied der bundesdeutschen VVN sowie der Marx/Engels-Stiftung.

Mit einer umfassenden Literatur- und Archivkenntnis ausgerüstet, hat er als Krönung seiner eigenen, bereits seit seiner Dissertation betriebenen Forschungen eine bewundernswerte Monographie über das Berufsverbot eines Christen durch die protestantische Kirche publiziert. Bei diesem seit Jahrzehnten unerledigten Fall handelt es sich um Erwin Eckert (1893-1972), der Theologie und Philosophie unter anderem bei Husserl, Troeltsch und Windelband studiert hatte, 1912 in die SPD eingetreten war, 1919 Vikar in Pforzheim wurde und seit 1927 als Stadtpfarrer an der Trinitatiskirche in Mannheim amtierte. Seinen dortigen Predigten folgten zuweilen mehr als 2000 Gläubige. In Aufsätzen wie deutschlandweit auf Versammlungen hatte dieser Eckert, zugleich als Vorsitzender des Bundes Religiöser Sozialisten, unter anderem für die entschädigungslose Fürstenenteignung, gegen den Panzerkreuzerbau, über die Gefahr des Faschismus, auch über »Die große Lüge des Nationalsozialismus«

geschrieben und gesprochen. Im Januar 1931 sprach er im Mannheimer Musensaal vor Tausenden herbeigeströmter Zuhörer zum Thema: »Christenkreuz, statt Hakenkreuz«.

Die Allgemeine Evangelische Kirchenzeitung hatte freilich bereits am 29. August 1930 geschrieben, dass es sich bei Eckert um »Schwarmgeisterei gefährlichster Art« handele und die Badische Kirche aufgefordert, sich dieses »Advokaten des Teufels« zu entledigen. Als Eckert am 2. Oktober 1931 nach fast zwanzigjähriger Mitgliedschaft, ohne angehört worden zu sein, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, trat er am Tag danach, unter Aufrechterhaltung seines christlichen Glaubens, als erster Amtsträger der Kirche in die KPD ein: »Mein Leben kann nicht besser eingesetzt werden als bei den Kommunisten, als da, wo es sich darum handelt, die Leidenden zu Licht, die Unterdrückten durch Kampf zum Sieg zu führen.« (176) Daraufhin wurde Eckert bereits am 11. Dezember 1931 fristlos und unehrenhaft aus dem Kirchendienst entlassen, und zwar mit der Wirkung des Verlustes der Amtsbezeichnung, des Einkommens, des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Sein Nachfolger war NSDAP-Mitglied, und in der Badischen Landeskirche waren bereits vor 1933, laut eigener Aufstellung, 56 Mitglieder der Nazi-Partei, und im Jahr der Pogromnacht 1938 hatten neun von zehn evangelischen Pfarrern den Eid auf Hitler geleistet! Die Mehrheit der evangelischen Christen erlag dem chauvinistischen Rausch: »Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt«.

Eckert war im Juli 1932 Reichstagskandidat der KPD in Mannheim. Vom 28. Februar bis zum 16. Juli 1933 wurde

er von den Nazis zunächst in Schutzhaft, dann in Strafhäft genommen (wobei er die Gefängniszelle mit Wolfgang Langhoff teilte, dem zu DDR-Zeiten Intendanten des Deutschen Theaters in Berlin). Im Oktober 1936 wurde Eckert vom Volksgerichtshof in Kassel wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu drei Jahren acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Die verschärfte Einzelhaft im Zuchthaus Ludwigsburg bei Stuttgart dauerte bis zum 9. März 1940. Danach stand er bis zum Ende des »Dritten Reiches« unter ständiger Polizeiaufsicht.

Nach dem Krieg war Eckert aktives Mitglied der KPD in Baden; er erzielte 1949 bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim einen sensationellen Stimmenanteil von 34,7 Prozent. Bis zum bundesdeutschen KPD-Verbot 1956 war er Landtagsabgeordneter und Bundestagskandidat der KPD. Von 1950 bis 1962 war er Mitglied des Weltfriedensrates und nahm an dessen Weltkongressen teil. Im April 1960 wurde er nach 56 Verhandlungstagen wegen »Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation« zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt; eine Verfassungsbeschwerde blieb erfolglos. Er starb 1972 in Mannheim.

Während im Juli 1950 die Aufhebung der gegen Eckert während der Nazi-Zeit ergangenen staatlichen Strafurteile erfolgte, ist eine Rehabilitierung wegen seiner vor mehr als sechs Jahrzehnten erfolgten fristlosen und unehrenhaften Entfernung aus dem Kirchendienst bis

zum heutigen Tag ausgeblieben. Der KPD-Antrag vom 31. Mai 1946 an die US-Amerikanische Militärregierung – mit der Bitte um Weiterleitung an den Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe – Pfarrer Eckert wieder in sein Amt einzusetzen, blieb ohne Echo (während Pfarrer, die NSDAP-Mitglieder gewesen waren, im Amt belassen wurden oder ihre Pensionen bekamen). Zwar haben im April 1999, also mehr als zwanzig Jahre nach seinem Tod, in einer gemeinsamen Erklärung die Präsidentin der Badischen Landessynode und der Badische Landesbischof bedauert, dass seinerzeit die Kirchenleitung den »Bruder« Eckert »unehrenhaft« aus dem Pfarrdienst entlassen, »parteiisch gehandelt« und damit eine »prophetische Stimme« unterdrückt habe, aber eine kirchenrechtliche Wiederaufnahme und Wiedergutmachung des »Falles Eckert« im Lichte der realen Geschichte steht bis zu heutigen Tag aus. Der Autor des hier zu besprechenden Buches, der auch Nachlassverwalter Erwin Eckerts ist, hält die Aufhebung des Fundamentalunrechts von 1931 für vollständig unerledigt und schlägt, auch als Entschädigung für vierzig Jahre vorenthaltener Altersentschädigung, vor (23, 207), eine Erwin-Eckert-Stiftung ins Leben rufen, die sich mit dem Lebenswerk des Ausgestoßenen beschäftigt, und der er den umfangreichen Nachlass Eckerts (inklusive Mobiliar, Fotos, Büste, Kreuzifix, Accessoires) gern zur Verfügung stellen würde.

Hermann Klenner

Nietzsche-Kritik vor 1914

Andreas Heyer (Hg.): Kleine Bibliothek der frühen Nietzsche-Kritik (1889-1905), 4 Bde., Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2022, insges. 996 Seiten, 259,20 Euro

Der politische Philosoph, Altphilologe, Aphoristiker und Kulturkritiker Friedrich Nietzsche ist heute populärer denn je. Dies ist nicht zuletzt dem konservativen und immer mehr zum Autoritarismus neigenden Zeitgeist geschuldet. Mit der Popularität Nietzsches aber wächst auch die Kritik an seinen Thesen und Auffassungen. So gehört Nietzsche bis heute zu den umstrittensten Figuren des deutschen Geisteslebens. Wenig bekannt ist indes, dass seine Ansichten schon frühzeitig auf heftige Kritik gestoßen sind. So bereits in den Jahren 1889 bis 1900, als der Philosoph in Naumburg und Weimar dahinsiechte, sowie unmittelbar nach seinem Tode, in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Während sich, unterstützt durch das auf Ruhm und Nachruhm gerichtete Wirken seiner Schwester, Elisabeth Förster-Nietzsche, nach 1889 um Person und Werk des Philosophen ein regelrechter Kult entfaltete, meldeten sich bereits frühe Kritiker zu Wort. Die Kontroverse eskalierte zu Beginn des 20. Jahrhunderts und während des Ersten Weltkriegs, als konservative Kreise den Philosophen für sich entdeckten, andere aber in ihm einen ideologischen Gegner ausmachten und seine Ideen attackierten. Die Aufnahme Nietzsches schließlich in die Ahnenreihe der Nationalsozialisten trug dazu bei, seine bis heute ungebrochene Popularität als Protagonist »rechten« Denkens zu stärken. Gleichmaßen aber wurde

er dadurch erst recht zur Zielscheibe vor allem »linker« Kritik.

Man kennt die fundamentalen Nietzsche-Kritiken, etwa von Hans Günther, Georg Lukács oder Wolfgang Harich. Mancher hat vielleicht auch die textkritischen Arbeiten von Theodor Lessing und Otto Flake gelesen oder kennt die kritischen Reflexionen über Nietzsche von Steven E. Aschheim, Hans Kaufmann, S. F. Oduév, Rüdiger Safranski, Volker Gerhardt, Bernhard Taureck, Friedrich Tomberg, Volker Caysa und Heinz Malorny. Aber wer kennt schon die frühen Nietzsche-Kritiken von Ferdinand Tönnies, Georg Adler, Eduard von Hartmann, Eduard Bernstein, Franz Mehring, Ludwig Stein, Kurt Eisner, Friedrich Jodl, Paul J. Möbius, Ludwig Bamberger oder Paul Ernst? – Es ist das große Verdienst von Andreas Heyer, diese lesenswerten Texte aus den Jahren 1889 bis 1905 vor dem Vergessen bewahrt und einem interessierten Leserkreis wieder zugänglich gemacht zu haben. Der Herausgeber konnte sich bei seinen Recherchen auf ein Projekt Wolfgang Harichs aus den 1980er Jahren stützen, der, von der SED-Führung aufgefordert, eine radikale Nietzsche-Kritik zu verfassen, stattdessen vorgeschlagen hatte, die vorhandenen frühen Kritiken zusammenzutragen und in einem Buch zu publizieren. Das Vorhaben kam damals nicht mehr zur Ausführung, wurde jetzt aber in erweiterter Gestalt und ergänzt um eine Reihe eigener Aufsätze von Andreas Heyer realisiert. Insgesamt umfasst die Edition nun 26 Texte, die größtenteils noch zu Lebzeiten Nietzsches, also vor Erstem Weltkrieg und Faschismus und lange bevor Nietzsches Ideen in den postfaschistischen Streit »linker« und »rechter« Ideologien gerieten, publiziert worden sind.

Doch es geht bei dieser Edition nicht nur um die Wiederentdeckung und Bewahrung heute unbekannter und halbvergessener Texte. Die Veröffentlichung zum jetzigen Zeitpunkt soll auch einen Kontrapunkt gegenüber dem »neuen Nietzsche-Kult« setzen. Mit ihr eröffnete Heyer eine Gegenoffensive zu der gegenwärtig zu beobachtenden Praxis, Friedrich Nietzsche weitgehend zu entpolitisieren und ihn den Lesern als reinen Ästheteten, Aphoristiker, Stilisten und Literaten zu offerieren. Es ist bemerkenswert, dass einige der Nietzsche-Interpreten Lukács und Harich vorwerfen, *nur* den *politischen* Nietzsche im Auge zu haben. Dieser sei jedoch sehr viel mehr gewesen, und seine Bedeutung für die Kulturkritik, Philosophie, Philologie und Ästhetik würde durch die einseitige Betrachtung, wie sie diesen Kritikern eigen ist, unterschätzt. Dies mag zutreffen. Die Analyse der frühen Nietzsche-Kritiken zeigt indes, dass ihre Verfasser durchaus begriffen hatten, welches die wesentlichen Botschaften Nietzsches waren: radikale Zeitkritik, Zertrümmerung »ewiger« Wahrheiten, Demokratie-Kritik, Anti-Moralismus, Anti-Modernismus und Anti-Humanismus. Natürlich gibt es in dem umfanglichen Werk auch noch andere Seiten, etwa künstlerische, poetische, ästhetische, literarische, psychologische. Konzentriert sich die Interpretation jedoch allein auf diese Aspekte und vernachlässigt die politischen Aussagen, Absichten und Intentionen Nietzsches, so wird sie ihm kaum gerecht. Zugleich, so betont Heyer, müsse Nietzsche heute »vor dem Hintergrund der Kenntnis der Verwerfungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts« gelesen werden. Die Lektüre der frühen Kritiken könne helfen, hier zu einem ausgewogeneren Urteil als bisher

und zu einer *historisch-kritischen Gesamtsicht* des Philosophen und seiner Schriften zu kommen.

Die vorliegende Edition enthält im ersten Band »Feuilletonistische Warnungen vor Nietzsche«, im zweiten Band »Weltanschauliche Stellungnahmen gegen Nietzsche: Vom Marxismus und der Sozialdemokratie bis zum Materialismus«, im dritten Band »Wissenschaftliche Analysen der Schriften Nietzsches« und im vierten Band »Interpretationen von Nietzsches Denken zwischen Wahnsinn und Entartung«. Zudem finden sich in den vier Bänden jeweils Vorbemerkungen und einige Aufsätze des Herausgebers. Darunter ein »Forschungsüberblick« zur neueren Literatur über den politischen Nietzsche, seine Rezeption in der DDR und die Nietzsche-Debatte der 1980er Jahre. Der Herausgeber setzt sich umfassend mit der Nietzsche-Interpretation vor 1914, nach 1945 und heute auseinander. Er spart dabei nicht mit Kritik. Insbesondere wirft er den Nietzsche-Forschern Renate Reschke, Steffen Dietzsch, Hans-Martin Gerlach und Martin Steinbach vor, sich nach 1990 zu »Apologeten Nietzsches« gemausert zu haben (I: 10). Der Vorwurf mag berechtigt sein, die Auseinandersetzung aber ist nicht frei von Polemik, persönlichen Attacken und dem Versuch einer politischen Abrechnung. Das hätte nicht sein müssen. Vielleicht hat sich der Autor hier zu sehr von Nietzsche beeinflussen lassen. Und der war wahrlich kein Vorbild für eine faire Auseinandersetzung! Insgesamt vermitteln die vier Bände eine Fülle ungeahnter Einsichten in die philosophisch-politischen Debatten von vor 1914 und nützliche Anregungen für die Auseinandersetzung mit Nietzsche in der heutigen Zeit. Lediglich der Preis der Edition erscheint etwas unangemessen.

Ulrich Busch

Das vergessene Kolonialreich

David van Reybrouck: Revolusi. Indonesien und die Entstehung der modernen Welt, Suhrkamp Verlag, Berlin 2022, 752 Seiten, 43,00 Euro

Das viertgrößte Land der Welt ist hierzulande weitgehend unbekannt. Verdrängt wird auch, dass die Region dreieinhalb Jahrhunderte von einem kleinen europäischen Land kolonisiert wurde, das vor allem mit Tulpen und Käse verbunden wird. In den Niederlanden selbst wurde »De Oost« lange Zeit verklärt (20) – zu Unrecht gilt Holland als Inbegriff von Freiheitsliebe und Toleranz. Tatsächlich haben die Niederlande brutale Kolonialkriege geführt. Umgekehrt war Indonesien Vorreiter im Prozess der kolonialen Befreiung und hat wesentlich zur Ablösung der 500jährigen europäischen Herrschaft über die Welt beigetragen, der wir heute beiwohnen. Indonesien war das erste Land nach dem Zweiten Weltkrieg, das das koloniale Joch abstreifen konnte. Die Konferenz von Bandung (offiziell: Asien-Afrika-Konferenz) vereinigte im April 1955 das, was man heute den globalen Süden nennt. Und sie gab einen Vorgeschmack kommender Konflikte: »Der kalte Krieg reiste ... mit nach Bandung«, schreibt Reybrouck (606). Das Flugzeug der chinesischen Delegation verunglückte bei der Anreise, nur drei Passagiere überlebten: Ursache war ein von Taiwan organisierter Anschlag – damals für den Westen die einzig legitime Vertretung Chinas. Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Zhou Enlai, hatte glücklicherweise ein anderes Flugzeug genommen. Der Versuch der alten Kolonialmächte (zusammen mit Israel), den Suezkanal 1956 militärisch

zu besetzen, war eine Folge von »Bandung«. Und die »Römischen Verträge«, die der EU zugrunde liegen, waren eine Reaktion auf die Unabhängigkeitsbestrebungen im Süden: »Ohne ‚Bandung‘ kein ‚Suez‘, ohne ‚Suez‘ kein ‚Europa‘«, schreibt Reybrouck (622). Noch ein weiteres prägendes Ereignis geschah in Indonesien: 1965 wurden nach einem von den USA orchestrierten Militärputsch in »ungeheuerlichen Gewaltexzessen zwischen einer halben und einer Million Indonesier ermordet« – Kommunisten und solche, die dazu erklärt wurden. Es folgten 32 Jahre einer Militärdiktatur. Die später so bezeichnete »Jakarta-Methode« »wurde zum Codewort für Umstürze und Massenmorde mit Unterstützung der CIA«. (632)1

Reybrouck schildert in seinem glänzend geschriebenen Buch – lebendig u. a. durch die Stimmen von Zeitzeugen – die Geschichte der kolonialen Eroberung der indonesischen Inselwelt ebenso wie die des Widerstands dagegen von 1600 bis Ende 1949, dem Jahr, in dem die Niederlande Indonesien in die Unabhängigkeit entlassen mussten.

Die koloniale Eroberung dauerte lange – von der Errichtung des ersten Forts im Jahre 1605 bis zur Eroberung von Aceh 1914. Hauptakteur der ersten Periode war die als Aktiengesellschaft organisierte »Vereinigte Ostindische Compagnie« (VOC), der es zunächst nicht um Land, sondern um den Gewürzhandel ging. Das Mutterland, die »Republik der Sieben Vereinigten Provinzen«, verließ der privaten VOC umfangreiche diplomatische, juristische und militärische Befugnisse (44). Ziel war das Monopol auf den Gewürzhandel, das mit aller Brutalität durchgesetzt wurde. Lokale

1 Vgl. Vincent Bevins, Die Jakarta-Methode, Köln 2023.

Herrscher, die versuchten, die VOC zu umgehen, wurden mit »Strafexpeditionen« überzogen (51). Nach 1700 nahm der europäische Gewürzhunger ab, neue Moden verlangten nach Kaffee, Tee, Kakao, Tabak, Zucker: Alles dies gab's in Niederländisch-Indien, wie die Region nun genannt wurde. Die VOC verlegte sich auf deren Anbau, wozu man immer mehr Land brauchte. Die beim Wiener Kongress 1814/15 zum Königreich transformierten Niederlande wurden Kolonialmacht – Widerstand lokaler Fürsten wurde niedergewalzt, u. a. im Java-Krieg nach 1825, der 200.000 Javanern das Leben kostete (64). Die Bauern wurden zum Anbau der begehrten Kolonialwaren gezwungen – im 19. Jahrhundert stammten bis zu einem Drittel der niederländischen Staatseinnahmen aus den Kolonien (67). Eine Kolonialarmee sorgte für die Erweiterung des Territoriums. Der längste und blutigste Krieg war der in Aceh, bei der die Nordspitze Sumatras, von strategischer Bedeutung zur Kontrolle von Handelswegen (Malakka), erobert wurde. Er dauerte 40 Jahre (1873 bis 1914) und wurde mit extremer Brutalität geführt (73).

Die japanische Besetzung (sie begann zeitgleich mit dem Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941) führte zu tiefgreifenden Veränderungen. Nach der japanischen Niederlage erklärte Sukarno, einer der Führer der Unabhängigkeitsbewegung, am 17. August 1945 die Unabhängigkeit Indonesiens. Die siegreichen Alliierten aber waren nicht bereit, Indonesien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Unter dem Schutz der Briten kamen die Niederländer zurück. Zwar erreichte Sukarno in Verhandlungen mit ihnen Zugeständnisse, es zeigte sich aber, dass Holland nicht bereit war,

Indonesien zu verlassen. Mit Hilfe von »Polizeiaktionen« besetzte die Kolonialmacht erneut große Teile Indonesiens. Vor allem die Zeit nach der zweiten »Polizeiaktion« Ende 1948, in deren Verlauf vertragswidrig die vorläufige Hauptstadt der Republik Yogyakarta besetzt wurde, war durch Brutalität und zahlreiche Kriegsverbrechen gekennzeichnet. Reybrouck: »Bei den niederländischen Truppen waren Kriegsverbrechen nicht einzelne Exzesse ... vielmehr wurden sie von Offizieren befohlen oder auf andere Weise verschuldet; sie wurden von der Armeeführung in Jakarta geduldet, die Spitzen der zivilen Verwaltung wussten von ihnen ...« (577) Der Krieg endete erst, als die USA 1949 ihre Position änderten und die Niederlande (mit der Drohung, Militär- und Marshallplanhilfen einzustellen) zwingen, in neue Verhandlungen einzutreten. Die USA fürchteten, dass die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft den Kommunismus fördern könnte. Im Dezember 1949 erkannten die Niederlande die indonesische Souveränität an. Auch wenn Indonesien politisch gesiegt hatte, waren die Bedingungen ökonomisch desaströs: Die profitablen Rohstoff-Konzessionen der niederländischen Unternehmen blieben gültig. »Außerdem musste Indonesien die Schulden Niederländisch-Indiens vollständig übernehmen.« Es blieb ein gigantischer Schuldenberg von 4,3 Milliarden Gulden (587). Der ökonomische Gewinner der Unabhängigkeit waren die Niederlande: »Das gerade unabhängig gewordenen Indonesien trug auf jeden Fall mehr zum Wiederaufbau der Niederlande bei als der Marshallplan ...« bilanziert Reybrouck.

Jörg Goldberg

Schlüsseljahr 1923

Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma. Propyläen Verlag, Berlin 2023, 384 S., 26 Euro

Mark Jones hat sich als Erzähler von Schlüsselkonflikten der frühen Weimarer Republik einen Namen gemacht, als er die Rolle der Gewalt im Prozess der Republikgründung 1918/19 analysierte.¹ Sein chronologischer und vor allem konfliktzentrierter Rückblick auf das Jahr 1923, in dem sich vor einhundert Jahren brennglasartig die Szenarien abspielten, die das Ende der Republik und den Beginn der faschistischen Diktatur vorwegnahmen, beginnt hochsymbolisch. In Bayern spazierte ein sechzehnjähriges Mädchen im November 1923 mit einer schwarzrotgoldenen Kokarde, als ein Hakenkreuzler sie tätlich angriff und versuchte, ihr das demokratische Abzeichen mit Gewalt zu entreißen. Ohne Erfolg, aber: »Kein einziger Passant war ihr zu Hilfe gekommen. Das Bändchen war beschädigt, aber nicht zerstört worden.« (9) Jones hebt hervor, dass das Mädchen das Bändchen nicht trug, um die Republik zu betrauern, sondern um deren Sieg über ihre Gegner zu feiern. (12) Die Chancen so Jones, letztlich eine bessere Perspektive für die demokratische Republik zu eröffnen, seien am Ende des Jahres 1923 durchaus gegeben gewesen. Ihn interessiert, weshalb sie nicht genutzt wurden. In seinem Vorwort weist er darauf hin, dass seine Untersuchung des Katastrophenjahres 1923 bereits im Sommer 1922 beginnt und von der Feststellung ausgeht, »wie sehr das internationale System die deutschen Demokra-

ten während des größten Teils des Jahres 1923 im Stich gelassen hat«. (14) Er legt also über die klassische Perspektive aus der Sicht der deutschen Innenpolitik, die die internationale Dimension auf den Reparationskonflikt mit Frankreich konzentriert und ansonsten vorwiegend die innenpolitischen Konfliktebenen (Ruhrkampf/Widerstand, Inflation, Separatismus, Aufstandsversuche, Hitler-Putsch, Währungsreform) betrachtet, den Versuch, auch das Handeln der anderen Mächte (Großbritannien, USA, Sowjetrußland) in die Deutung der Ereignisse einzubeziehen.

Und so beginnt seine Erzählung mit dem Mord an Außenminister Walther Rathenau am 24. Juni 1922, der als Berliner Jude und als Diplomat den Hass der politischen und terroristischen Rechten auf sich gezogen hatte. Sein diplomatischer Coup im April 1922, als er im italienischen Rapallo ein Separatabkommen mit Sowjetrußland abgeschlossen hatte, hatte beide Staaten aus der diplomatischen Isolation heraus geholt und gegenseitige Reparationen ausgeschlossen. Dies verstand insbesondere Frankreich als Affront, aber auch Großbritannien sah sich düpiert. Als zwei Monate später Rathenau dem Attentat der »Organisation Consul« zum Opfer fiel, hätten die internationalen Mächte nicht begriffen, dass die Mörder nicht die Menschen des republikanischen Deutschlands repräsentierten, sondern das zu überwindende Zeitalter des deutschen Militarismus und Nationalismus. Besonders Frankreich war deshalb »mehr denn je überzeugt, dass die einzige Möglichkeit, damit umzugehen, eine Politik der Stärke war«. (38)

Mit dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins entmilitarisierte Ruhrgebiet ab Mitte 1923 demons-

1 Mark Jones: Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017.

trierte Frankreichs Ministerpräsident Poincaré diese Stärke und löste damit eine Kettenreaktion aus, so Jones. Die spontanen Demonstrationen gegen die Besetzung begannen zunächst friedlich, doch schon in den ersten Tagen der Besetzung wurden deutsche Demonstranten erschossen, was den ohnehin vorhandenen antifranzösischen Nationalismus noch verstärkte. Jones berichtet aus der zeitgenössischen Presse und den Archiven über solche Todesfälle, die die Gewaltbereitschaft und die Gewaltspirale beiderseits eskalieren ließen.

Raymond Poincaré war sicherlich der Staatsmann, der am ehesten durch seine Entscheidungen die Eskalation förderte, doch verfällt Jones nicht darauf, ihn als den Bösewicht schlechthin zu dämonisieren, der er für die deutschen Nationalisten, aber auch für Teile der Linken war. Vielmehr war auch er ein Getriebener, von der französischen Innenpolitik, vom inneren Widerspruch der vormaligen, nun deutlich geschwächten Großmacht, die sich immer noch als Weltmacht betrachtete, aber auch von einem ausgeprägten Willen zur Selbstbehauptung. Doch war es die daraus resultierende Unnachgiebigkeit der Besatzungspolitik, die in der deutschen Bevölkerung und zwischen den meisten Parteien eine breite Widerstandskoordination zu schmieden half, die besonders den Parteien der deutschen Rechten nutzte. Die DNVP, die unmittelbar nach dem Mord an Rathenau am Pranger der Republikaner stand – »Der Feind steht rechts!« hatte Ex-Kanzler Joseph Wirth ausgerufen – konnte sich nun staatstragend gerieren und damit die öffentliche Meinung nach rechts verschieben. Die Geschichte der Gewalteskalation wird von Jones bis in den November 1923 hinein spannend weitererzählt. Als Wi-

derpart des Hardliners Poincaré galt für ihn vor allem Gustav Stresemann, der vom 13. August bis zum 22. November 1923 als Reichskanzler dafür sorgte, dass der passive Widerstand gegen die Ruhrbesetzung, der die Hyperinflation gefüttert hatte, abgebrochen wurde. Sie hatte große Teile des Bürgertums und der Arbeiterschaft verarmen lassen und den nationalistischen Groll verstärkt, bis hin zum Separatismus im Westen und zum Hitler-Putsch in München. Durch seine, von Rudolf Hilferding mit geplante Währungsreform wurde der Weg aus der existenziellen Krise der Republik heraus vorgezeichnet. Stresemanns Vernunftrepublikanismus Frankreich gegenüber fehlte dem Republikaner Poincaré Deutschland gegenüber. Doch die anderen Alliierten hätten Frankreich bremsen können, wenn die entscheidende Frage der Reparationsleistungen mit mehr politischer Empathie und nicht als Ausdruck spezifischer nationaler Interessen angegangen worden wäre, so ein Fazit des Autors. Doch differenziert Jones bei der Betrachtung der Rolle der Deutschen: »Schlüsselfiguren in der Wirtschaft, der Reichsbank und der Politik trafen fatale Entscheidungen, die die Lage in Deutschland verschlechterten. Andere wollten die Krise nutzen, um die Republik zu zerschlagen.« (349) Es geht Jones mitnichten um eine kollektive Entschuldung der Deutschen, sondern um einen differenzierteren Blick auf die Ursachen und Wirkungen der bis dato schwersten Krise der jungen Republik. Dass das Gesamturteil über Poincarés Politik einem Plädoyer auf »schuldig« entspricht, verwundert nicht, doch die Mittäterschaften, Beihilfen und Unterlassungen dies- und jenseits der Grenzen der Weimarer Republik werden ebenfalls aufgewiesen. Von daher lohnt die

Lektüre des Buches, dessen Ansatz nicht im Bereich der Politischen Ökonomie, sondern in der Konfliktforschung und in der politischen Geschichte zu verorten ist. Dass 1923 ein Jahr des deutschen Traumas war, dessen Nachwirkungen sich mit Blick auf 1933 zeigen sollten, kann niemand überlesen. Und auch nicht, dass in der heutigen Zeit der Vernetzungen und Globalisierungen andere Mittel gefragt sind als Nationalismus,

Demütigungen und militärische Gewalt. Wo Unnachgiebigkeit gepredigt wird, sollten die Alarmglocken schrillen. Aber Poincaré hin, Stresemann her: Im Katastrophenjahr 1923 eine reale Chance für die Demokratieentwicklung und nicht ein Davonkommen der Republik gegen den Sturm von rechts mit großen Blessuren zu sehen, das ist schon eine eigenwillige Sichtweise.

Holger Czitrich-Stahl

Den Faschisten den Weg bereitet

Ulrich Schneider: 1933 – Der Weg ins Dritte Reich. Analysen und Dokumente zur Errichtung der NS-Herrschaft (= Neue Kleine Bibliothek Bd. 319). PapyRossa Verlag, Köln 2023, 223 S., 16,90 Euro

Hitler, NS-Staat, Nazipartei, Judenmord und der durch die Faschisten entfachte Weltenbrand sind immer noch das beliebteste, ein wenig Grauen, auch Nachdenklichkeit, ja Scham auslösende Thema der Beschäftigung mit deutscher Geschichte. Forschung, Medien, private, vor allem aus TV und Internet gespeiste Wissbegierde haben das Thema scheinbar allseits beleuchtet. Hitler als Titelbild oder Aufmacher garantiert nach wie vor Aufmerksamkeit, und runde Jahrestage, wie der zum 30. Januar 1933, dem Tag der Machtübertragung durch die konservativen Eliten, sorgen für medialen Hype.

Nur, hier schon fängt es an problematisch zu werden. Die nicht ganz vergesslichen Neu-Bürger aus der DDR und die in der BRD-Studentenbewegung Sozialisierten wissen, um es mit Max Horkheimer zu sagen: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom

Faschismus schweigen.«¹ Genau hier gebracht es der heutigen Beschäftigung mit der Nazizeit der tieferen Einsicht. Das ist Ulrich Schneider zutiefst bewusst. Als einer der Organisatoren und Mahner der Antifabewegung, Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer weiß er um die immer größer werdenden Defizite in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Der wird gerne mit seinem Eigenetikett »Nationalsozialismus« verklärt, einer Bewegung, die weder national war noch etwas mit dem Sozialismus zu tun hatte – sondern ihn wortwörtlich bis aufs Blut bekämpfte, wie jede anders geartete politische Kraft und ihre Akteure, wie jeden, der nicht in das Macht-, Weltanschauungs- und Rasseschema der Nazis passte. »Ursachen und Ursprung des NS-Regimes müssen Bestandteile jeder Erinnerungsarbeit sein, wenn es nicht bei einem Trauern um die Opfer ohne Konsequenzen bleiben soll. Damit verbindet sich die Erinnerung an die Opfer mit der Tatsache, dass zu Opfern immer auch Täter gehören. Das heißt: Es kommt

1 Max Horkheimer: Autoritärer Staat. Die Juden und Europa. Vernunft und Selbsterhaltung. Aufsätze 1939-1941. Amsterdam 1967, S. 8.

darauf an, auch Verantwortliche und Nutznießer der Errichtung der faschistischen Herrschaft und der Entfesselung des Krieges zu benennen.« (7) Nüchtern ist zu erinnern, dass es nicht nur das Problem der sterbenden Zeitzeugen ist, sondern vor allem ein Wissensproblem und eines einer Geschichtsbetrachtung, die die Ursachen, sozialökonomischen Bedingungen, den Klassenkampf ausblendet oder verfälscht.

Schneider hat es sich zur Aufgabe gemacht, zu versuchen, Wissenslücken zu schließen und die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, seiner Politik, seinem Morden und den neuen monströsen Profitmöglichkeiten für die deutsche Großbourgeoisie und viele ihrer kleineren Anhänger und Mitnutznießer zu schließen. Dazu muss er nicht neue Archivalien wälzen, sondern kann sich aus einem breiten Fundus von Quelleneditionen bedienen, die vergessen und verdrängt sind. Ein knappes Quellen- und Literaturverzeichnis kann Interessierten genügend Anregung geben.

In 14 Kapiteln fragt er entlang von ausgewählten und breit kommentierten 72 Dokumenten, warum die NSDAP, warum Hitler aus dem an Reaktionären und Konservativen nicht armen politischen Abschaum der nachrevolutionären Weimarer Republik durch einflussreiche Vertreter des Großkapitals, durch rechte politische Eliten und ihre Intellektuellen als Trommler und vor allem als Führer einer radikal antikommunistischen, antidemokratischen und auch nach außen hin aggressiven Bewegung auserkoren und an die Macht gebracht wurde. Er musste nicht die Macht »ergreifen«, sondern die »Errichtung der NS-Diktatur (wurde) mit zunehmender Übereinstimmung aus den Eliten von Wirtschaft, Politik und Militär systematisch vorberei-

tet und realisiert« (8). Schneider zeigt die Krisenprozesse der Weimarer Republik, die Folgen der Weltwirtschaftskrise und den Terror der Nazis mit ihren Schlägertruppen SA und SS.

Strikt wendet er sich gegen die heute vorherrschende totalitarismustheoretische »Erklärung« des Scheiterns von Weimar am Konflikt von radikalen Rechten wie Linken, also der Kommunisten. Er betont, dass der Weimarer Demokratie letztlich die breite Unterstützung in der Gesellschaft gefehlt hat und wie bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte nicht bereit waren, sich mit ihr zu identifizieren. Dass hier der Dauerkonflikt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, bei aller historischen Erklärbarkeit, nicht dazu beitrug, gemeinsam erfolgreich gegen die aufkommende Diktatur zu kämpfen, gehört zu den tragischen Momenten der Geschichte.

Schneider entfaltet ein Spektrum von Aktivitäten der rechtskonservativen deutschen Eliten in Wirtschaft, Politik, Justiz oder Kirche, die mit der NSDAP und Hitler endlich die Chance sahen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten auszuschalten und ein Terrorregime zu errichten, das schließlich in der Lage war, den Kampf um die Welt Herrschaft wiederaufzunehmen, den die Niederlage 1918 so abrupt unterbrochen hatte. Hitler musste sich in seiner Regierungserklärung am 1. Februar nicht verbiegen, wenn er an seine Kampflösungen bis 1933 anknüpfte und versprach, dass es »die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen (werde), die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen... Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewusstsein seiner volklichen und politischen Einheit

und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht im anarchistischen Kommunismus versinken.« (98)

Vor allem die Wirtschaftsführer waren begeistert: Schluss mit einer ihnen feindlich gesonnenen Arbeiterbewegung, der Weg frei zu Überwindung der Wirtschaftskrise vor allem durch die Aufrüstung für einen neuen Waffengang. Einer der Unternehmervverbände frohlockte im April 1933: »Wir konnten feststellen, dass nunmehr die Richtung der offiziellen Handels- und Außenpolitik sich vollkommen deckt mit den allgemeinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zielen der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages.« (118)

Die Vorzüge des Buches liegen auf der Hand. Es ist ein Muss für den antifaschistischen Kampf heute. Aber: Nicht nur unter den Vorzeichen des derzeitigen Vormarsches der AfD und ihres noch radikaleren Umfeldes, angesichts

des heute die »Parteien der Mitte« von CSU bis SPD erfassten Rechtstrends von der Migrantpolitik über den Abbau des Sozialstaates bis hin zur militarisierten Außenpolitik am Rande eines neuen Weltkriegs; und angesichts von eklatanter Schwäche wie Desorientierung der Linken müsste eine Untersuchung zu Aufstieg und Durchmarsch der Nazis 1933 noch genauer nach deren Erfolgsrezept fragen: Nicht nur Geldströme des Großkapitals, erfolgreiche Propaganda, gezielter Terror sind hier relevant. Zu fragen ist, wie es gelang Teile des Kleinbürgertums und schließlich auch der Arbeiterklasse zu gewinnen, zumindest zu neutralisieren. So berechtigt die Verweise auf den antifaschistischen Widerstand wie auf den Terror sind, der Faschismus hielt sich 12 Jahre an der Macht, brachte wirtschaftliche und soziale Leistungen, sicher fragwürdig, er brachte Krieg und eine kaum verdeckte Verfolgung, schließlich Ermordung von politischen Gegnern, Juden, Behinderten, er brachte Krieg und Verwüstung über Europa und das eigene Land. Dennoch kam es nicht wie 1918 zur Revolution und faschistischer Ungeist konnte überdauern und wieder auskeimen.

Stefan Bollinger

Antiextremismus als Element der Entdemokratisierung

Dominik Feldmann: Demokratie trotz(t) Antiextremismus. Zur Bedeutung von Extremismusprävention für (Ent)Demokratisierung und politische Bildung, Wochenschau Verlag, Frankfurt a.M. 2023, 367 S., 43,90 Euro

Die Extremismustheorie ist ein zentrales Element im gesellschaftspolitischen Diskurs der Bundesrepublik. Sie konturiert das Selbstverständnis bürgerlicher Demokratie in Deutschland, begrenzt dem legitimen demokratischen Raum, dient der deutschen Sicherheitspolitik nach innen als Folie für den Einsatz repressiver Mittel und der politischen Bildung als Leittheorie demokratischer Rahmung. Im innenpolitischen Diskurs der Bun-

desrepublik ist sie allgegenwärtig und wird aktuell vor allem gegen den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der modernisierten radikalen Rechten in Form der AfD genutzt, hat ihren Ursprung aber eindeutig in der antikommunistisch konnotierten Auseinandersetzung mit der politischen Linken, gegen die sie bis heute immer wieder in Stellung gebracht wird.

Dominik Feldmann geht in seiner Monografie zum Antixtremismus, mit der er 2022 in Köln promovierte, den historischen Wurzeln und theoretischen Ausprägungen dieses Ansatzes nach und legt einen Schwerpunkt im Bereich der politischen Bildung, für die der Antixtremismus inzwischen zum Leitbild geworden zu sein scheint. Damit, so Feldmann, trägt die politische Bildung zur Verengung des demokratischen Raums aktiv bei und verkehrt ihren Auftrag, die Erziehung zu kritischen und mündigen Bürger*innen, teilweise in ihr Gegenteil.

In acht Kapiteln nähert sich Feldmann seinem Gegenstand. Nach Vorstellung der die Arbeit leitenden Forschungsfragen (1) widmet er sich in einem langen Kapitel (2) der Genese und Ausprägung der Extremismustheorie, untersucht die Adaption dieses Ansatzes in der politischen Bildung (3) und geht der Geschichte des Antixtremismus in der deutschen Demokratie nach (4). Schließlich zeigt er, welche Demokratie-begriffe in der politischen Bildung zur Anwendung kommen (5), untersucht die Lehrpläne verschiedener Bundesländer nach Elementen der Extremismusprävention, um schließlich eine resümierende Kritik des Antixtremismus in der politischen Bildung zu begründen (7), bevor er die Arbeit mit einem allgemeinen Fazit (8) beschließt.

Feldmanns Arbeit kennzeichnet eine Reihe von Vorzügen, die sie aus einer Vielzahl an Veröffentlichungen zum Extremismusthema hervorhebt. So bleibt er nicht bei einer Kritik des defizitären Antixtremismus stehen, sondern setzt mit Blick auf die politische Bildung diesem einen demokratischen Anspruch gegenüber, der sich an materialistischen Demokratievorstellungen orientiert. Laut Feldmann muss es politischer Bildung neben der Erziehung zu selbstbewussten und kritikfähigen Bürger*innen darum gehen, »Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu ergründen und sichtbar zu machen sowie nach politischen Alternativen zu suchen und Handlungsoptionen zu erörtern.« (136)

Der Antixtremismus leistet genau dies nicht sondern entpuppt sich als Teil eines sicherheitspolitischen Diskurses, der selbst Element einer Entdemokratisierung ist. Die historische Entwicklung der Extremismustheorie, ihre Genese aus der Totalismustheorie und das ihr zugrunde liegende Verständnis einer eingeschränkten Volkssouveränität wird vom Autor im langen Kapitel zwei dargestellt. Die Adaption dieses Konzeptes der »wehrhaften Demokratie« in Gestalt des Antixtremismus in der politischen Bildungsarbeit der Bundesrepublik nach 1949 und die Ausprägung des Antixtremismus in der Bundesrepublik werden in diesen beiden folgenden Kapiteln analysiert. An zwei Anwendungsbeispielen zeigt Feldmann die repressive Ausrichtung und die politische Schlagseite des gesamten Ansatzes: Der sogenannte Radikalenerlass aus den 1970er Jahren, mit dem tausende politische Linke aus dem Staatsdienst ferngehalten oder gar aus ihm entfernt wurden und die sogenannte »Extremismusklausel«, mit der staatlich finanzierten Programme gegen die

extreme Rechte unter den Generalverdacht eines antifaschistisch begründeten »Linksextremismus« gestellt wurden. Feldmanns Urteil über die Ausprägung des Antiextremismus in der Bundesrepublik ist differenziert. Historisch zeige sich, »dass repressive Elemente des Staates dann bedeutsamer wurden, wenn bisher stabile Kräfteverhältnisse und Hegemoniekonstellationen ins Wanken geraten.« (219) Historisch wurde diese Stabilität zunächst von links infrage gestellt, weshalb sich der Antiextremismus vor allem gegen links wandte. Aktuell hat sich diese Konstellation zumindest modifiziert, ist es doch gegenwärtig die extreme Rechte, die den bürgerlichen Staat herausfordert. Die Mordserie des NSU, die Ermordung Walter Lübckes, die Anschläge und Morde von Halle und Hanau und auch der Aufstieg der AfD haben dazu beigetragen, dass der Antiextremismus gegenwärtig verstärkt gegen rechts in Anschlag gebracht wird. Inzwischen sind es auch Liberale und Linke, die eine konsequente Anwendung staatlicher Repressionsmittel gegen rechts fordern und dabei nicht immer vor der Übernahme extremismustheoretischer Annahmen zurückschrecken. Feldmann beschreibt den Widerspruch zwischen einem geforderten konsequenten Vorgehen gegen die extreme Rechte und ihrer in Gestalt des Antiextremismus – viel zu selten – erfolgenden Umsetzung als Dilemma.

Zentral für den zweiten Teil des Buches ist die Auseinandersetzung mit der Anwendung des Antiextremismus im Bereich der politischen Bildung. Nachdem Feldmann zunächst unterschiedliche Demokratiebegriffe im Rahmen der politischen Bildung in den Blick nimmt und die Fachdiskussion hierzu referiert, untersucht er die Lehrpläne der Sekundarstufe I in den verschiedenen Bundesländern auf die Anwendung antiextremistischer Ansätze und wird in unterschiedlicher Form in allen Ländern fündig. Auch hier ist das Urteil differenziert, denn schließlich kommt es auf die konkrete thematische Umsetzung im Unterricht an, die es eben auch ermöglicht, nicht in einer scheinbaren Äquidistanz zu allen Extremismen zu verharren, sondern die aktuelle Bedeutung der extremen Rechten eindeutig in den Fokus zu nehmen.

Trotz dieser abwägenden Bewertung lässt der Autor keinen Zweifel daran, wie er das Konzept des Antiextremismus politisch und vor allem in seiner Adaption durch die politische Bildung bewertet: »So ist eine zentrale Erkenntnis dieser Arbeit, dass eine versicherheitlichte Perspektive für die politischen Bildungsarbeit nicht ertragreich sein kann, sofern politische Bildung zu einer Kritik bestehender Verhältnisse und einer Demokratisierung von Gesellschaft und Staat beitragen möchte.« (313)

Gerd Wiegel

Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft

Christopher Schmidt: Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft. Transformationspfade in eine andere Gesellschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2023, 182 Seiten, 25,00 Euro

Als der SPD-geführte Berliner Senat angesichts des Votums einer Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für eine Enteignung von *Deutsche Wohnen und Co.* eine Kommission zur Untersuchung der Frage installierte, rief das die Erinnerung an die in der Novemberrevolution 1918 einberufenen Sozialisierungskommissionen wach. Sie waren Teil der Hinhaltenaktik der Spitze der Mehrheits-SPD in der Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die Berichte und Publikationen der Kommissionen haben in der öffentlichen Diskussion jener Jahre zwar eine Rolle gespielt, im Großen und Ganzen verliefen ihre Arbeiten jedoch im Sand. Auch diesmal – heute – war die Schaffung der Kommission Teil der Verzögerungstaktik der Berliner SPD-Führung, die dafür von den Aktivisten der Enteignungskampagne heftig kritisiert wurde. Im Juni dieses Jahres legte die Kommission ihren Abschlussbericht vor, in dem die Verfassungsmäßigkeit einer Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen festgestellt wurde. Wie damals gab es auch jetzt das abweichende Votum einer Minderheit. Es ist abzusehen, wie der CDU-geführte und strikt ablehnend eingestellte Senat weiter verfährt.

Mit der Berliner Kampagne erlebten die Begriffe Vergesellschaftung und Sozialisierung eine überraschende Renaissance und es ist verdienstvoll,

dass Christopher Schmidt nicht nur die damalige Diskussion, sondern auch die nach 1945 geführten Auseinandersetzungen um die späteren Artikel 14 und 15 des bundesdeutschen Grundgesetzes Revue passieren lässt. Die umfangreiche und tiefgründige Arbeit »Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik« von Klaus Novy – die Schmidt leider nicht berücksichtigt hat – erschien vor über vierzig Jahren und liegt in den hinteren Regalen der Bibliotheken im Tiefschlaf. Martin Lars Brückners Arbeit »Sozialisierung in Deutschland« von 2013, von Schmidt häufig herangezogen, fokussiert auf die verfassungsrechtliche Entwicklung und betrachtet eine »Sozialisierung« als nicht mehr aktuell. Eine Rückbesinnung auf jene gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, wie sie jetzt Schmidt unter dem Blickwinkel untersucht, inwieweit hier »Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft« (10) gefunden werden könnten, ist also mehr als überfällig. In den damaligen Debatten wurden große Teile des Feldes beackert, auf dem die Frage einer »Sozialisierung« auch heute noch zu diskutieren ist. Ein Blick zurück ist auch deshalb nützlich, weil trotz aller praktischen Erfahrungen, die in den vergangenen hundert Jahren seitdem gesammelt werden konnten, Breite und Vielfalt, Tiefe, Differenziertheit und Konkretheit der damaligen Überlegungen und Vorschläge der heutigen Diskussion durchaus das Wasser reichen können.¹

Schmidt gibt zunächst einen Überblick über die Geschichte der Begriffe »Vergesellschaftung« und »Sozialisie-

1 Vgl. auch: Jürgen Leibiger: Sozialisierung. Debatten und Bewegungen in der Weimarer Republik. In: Berliner Debatte Initial Nr. 2, 2023 (im Erscheinen).

lung«, die er als Synonyme betrachtet. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird damit oft der politische Akt einer Enteignung und Verstaatlichung von Privateigentum verstanden. So verwendete ihn auch die Arbeiterbewegung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. In der Novemberrevolution gewann er dann eine politische Bedeutung, die darüber weit hinausging. Der Autor zeigt die Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Kampfes um diesen Begriff, ein Kampf, dessen Kern er in der Frage nach einer neuen Eigentumsordnung, nach der Ausweitung kollektiver Verfügungsmacht über Produktionsmittel und möglicher Wege, Organisationsformen und Ziele der Schaffung von Gemeineigentum betrachtet. (15 – 30)

In der Weimarer Republik war die Auseinandersetzung um diesen Begriff keine nur theoretische Debatte. Sie war eng mit dem unmittelbaren politischen Handeln und den jeweiligen aktuellen Forderungen verknüpft. Schmidt zeigt die Positionen der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung, ihrer Organisationen und Parteien, der Sozialisierungskommission, den Niederschlag in der Weimarer Verfassung, dem »Sozialisierungsgesetz« und dem Kohlen- und Kaliwirtschaftsgesetz. Er behandelt die Gemeinwirtschaftskonzeption des kurzzeitigen Reichswirtschaftsministers Rudolf Wissel und das in der zweiten Hälfte der 20er Jahre von Fritz Naphtali entwickelte Konzept der Wirtschaftsdemokratie. Auch der konservativen, liberalen Gegenposition Ludwig von Mises widmet er einige Seiten. Mit der Konzentration auf die Auffassung der Parteien geht die Vielfalt und Differenziertheit der Meinungen mancher, nicht unbedingt partei-linientreuer marxistischer Theoretiker freilich etwas unter. Und

leider geht er auch nicht auf die breite akademische Diskussion von Katheder- oder bürgerlichen Sozialisten außerhalb der Parteien ein. Auch wenn es zu Verwässerungen der Begriffe Sozialisierung und Gemeinwirtschaft kam, waren sie mitnichten nur Gegner von Sozialisierungen. Joseph Schumpeter (Mitglied der Sozialisierungskommission bevor er als Finanzminister in die sozialdemokratische Regierung Österreichs eintrat) hatte sie damals als den »tragenden Gedanken und inneren Sinn der Revolution« bezeichnet und den Weg zum Sozialismus für unausweichlich gehalten.² Der Universitätsprofessor Robert Wilbrandt kritisierte mit ironischen Worten die Haltung der MSPD-Führung, nach der »in diesem Augenblick alles Mögliche zu tun ist, nur nicht gerade die unglückselige Sozialisierung. Man wird es ihm [Wilbrandt – J. L.] in sozialistischen Kreisen nie verzeihen, dass er in diesem Augenblick Sozialist ist.«³ Solche Äußerungen lassen ahnen, welchen Gewinn die Ausdehnung der Analyse nicht nur in diese Richtung erbracht hätte.

Auch bei der Darstellung der Positionen um Umfeld der Gründung der BRD und im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Grundgesetz erläutert Schmidt neben der Position der Gewerkschaft vor allem die Haltung der Parteien SPD, KPD und CDU. Das Grundgesetz und seine Enteignungs- und Vergesellschaftungsartikel werden insbesondere unter Rückgriff auf Wolfgang Abendroths Position als Klassenkompromiss charakterisiert. Die weite-

2 Joseph Schumpeter: Sozialistische Möglichkeiten von heute. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Band 48, Tübingen 1920/1921. S. 307.

3 Robert Wilbrandt: Sind die Sozialisten sozialistisch genug? Berlin 1919, S. 11.

re Entwicklung in der Bundesrepublik kennzeichnet er als »Zurückdrängen von Vergesellschaftungsideen«. (113 – 118) Nach meinem Geschmack wird dafür etwas zu ausschließlich die ideologische Offensive der Interessenvertreter des Kapitals verantwortlich gemacht und zu wenig thematisiert, dass die Konzentration der Arbeiterbewegung auf den Kampf um die Verbesserung ihrer sozialen Lage im Rahmen des »Wirtschaftswunders« lange Zeit ziemlich erfolgreich war und der Gedanke an systemische Veränderungen auch aus diesem Grund in den Hintergrund rückte.

Bezüglich der Zeit seit 1970 schildert Schmidt zunächst den »Siegesszug« des Neoliberalismus auf der Grundlage auch der Hayekschen Kritik des Kollektivismus. Ältere Konzeptionen der Vergesellschaftung rückten immer stärker in den Hintergrund. An jüngeren Konzeptionen werden vor allem die Commons-Bewegung und insbesondere digitale Commons behandelt. Hier geht er auf Paul Masons Vorstellungen der Selbstorganisation in digital gestützten Netzwerken ein und thematisiert die Vorstellungen von einem »Cyber-Sozialismus«. An beiden Konzepten kritisiert er meiner Meinung nach zu Recht die Auffassung, dass »gesellschaftliche Probleme durch digitale Technologien und nicht in der politischen Sphäre gelöst werden« sollen. (148) Schließlich geht er auf die Bewegungen zu Rekommunalisierung und natürlich auf »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« ein. Er beendet seine Arbeit mit einem »Blick nach vorn«. Es wäre wünschenswert, so schließt er, wenn die das Vergesellschaftungsproblem aufwerfenden Bewegungen »nicht erst in tiefgreifenden gesellschaftlichen Krisen, wie sie in den Nachkriegszeiten gegeben waren, wirkmächtig werden. Die Eigen-

tumsfrage kann in wirtschaftlichen Teilbereichen die notwendige Bedingung einer grundlegenden Veränderung darstellen.« (165)

Christopher Schmidts Rückblick einschließlich seiner Schlussfolgerungen verdienen Beifall und breite Aufmerksamkeit. Trotzdem kann sich der Rezensent einige kritische Anmerkungen nicht verkneifen. In der marxistischen politischen Ökonomie hatte Vergesellschaftung nie nur eine politische Bedeutung. Vergesellschaftung ist zunächst gleichbedeutend mit dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Hatte Adam Smith vor 250 Jahren die manufakturmäßige Teilung der Arbeit als Fortschritt erkannt und gefeiert, so vollzieht sich diese Vergesellschaftung der Arbeit heute in weltwirtschaftlichen Dimensionen und zeigt sich unter anderem in der Globalisierung von Wertschöpfungsketten. Im Widerspruch dazu ist die Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsapparat nach wie vor privatkapitalistisch geprägt; Entscheidungsgewalt und Aneignung sind letztlich immer noch privat. Mit diesem Widerspruch konnte der Kapitalismus längerfristig nur existieren, weil sich Metamorphosen und Anpassungsprozesse seiner Produktions- und Eigentumsverhältnisse vollzogen und eine kapitalistisch geprägte Vergesellschaftung voranschritt. Diese Dimension des Begriffs führt Schmidt zwar an, sie stehe aber dem von ihm verwendeten Begriff in seiner »Fokussierung auf das Eigentum« entgegen. (15) Damit wird nur unzureichend widerspiegelt, dass sich auch die Vergesellschaftung der Arbeit im Kapitalismus durchaus in eigentumsrelevanten und -verändernden Formen vollzieht.

Bei einer Aufhebung und Überwindung des Kapitalismus ist es mit einem politischen Akt der Vergesellschaftung nicht getan. Ihm muss ein Prozess folgen, in dem neue, gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Eigentumsverhältnisse geschaffen werden, die sich im Einklang mit dem heutigen gesellschaftlichen, teils globalen Charakter der Vergesellschaftung der Arbeit befinden und – soll das mit der Überwindung des Kapitalismus einhergehen – eine real wirkende und auch individuell erlebbare Einheit von Arbeit und Eigentum – Eigentum als Verfügungs- und Aneignungsverhältnis – entstehen lässt. Wie das gehen soll, ist zwar weitgehend offen, aber genau diese Frage muss bei einem »Blick nach vorn« wenigstens aufgeworfen werden. Unverständlich ist es, wenn der zwar fehlgeschlagene, aber immerhin das wirtschaftliche und politische Geschehen des 20. Jahrhunderts mitprägende Vergesellschaftungsversuch im »realen

Sozialismus« mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn analysiert wird. Schon die Sozialisierungsdiskussion in der Novemberrevolution ist nur vor dem Hintergrund der russischen Revolution und ihrer Folgen – die in Deutschland von den Teilnehmern der Sozialisierungsdebatte aufmerksam verfolgt und zustimmend oder ablehnend argumentativ verarbeitet wurden – voll zu verstehen. Der Blick auf den realen Sozialismus und auf die Debatten über Vergesellschaftung im und um diesen Sozialismus hätte das Verständnis über die vielfältigen Dimensionen, die Widersprüche und Komplexität realer Vergesellschaftungsprozesse zweifellos geschärft. Trotz dieser kritischen Anmerkungen halt ich Schmidts Arbeit über die historischen Debatten und Bewegungen für äußerst anregend und nützlich.

Jürgen Leibiger

Ungleichheit und Entwicklungsstrategien

Christin Bernhold, Global Value Chains and Uneven Development: Corporate Strategies and Class Dynamics in Argentinian Agribusiness, Campus Verlag, Frankfurt am Main/ New York, 2022, 479 Seiten, 45,00 Euro

Seit Beginn des Jahres widmet sich Christin Bernhold an der Universität Hamburg mit einer Nachwuchsgruppe der Erforschung von Unternehmensstrategien der Fleischindustrie und deren Auswirkungen auf Nachhaltigkeit, Arbeitsbedingungen und Ausbeutungsverhältnisse. Diese Forschung stellt die Gruppe u. a. in den Kontext der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, um zu prüfen, was

das Agieren der Fleischindustrie für deren Umsetzung bedeutet. Dass Christin Bernhold in diesem Bereich Expertise mitbringt, zeigt das vorliegende, auf ihrer Dissertation basierende und in englischer Sprache verfasste Buch am Beispiel der argentinischen Agrarindustrie. Mit dieser Arbeit trägt sie zur Debatte um globale Handelsbeziehungen und deren Auswirkungen auf globale Ungleichheit bei, die in den letzten Jahrzehnten einen bunten Strauß an Positionen hervorgebracht und polarisiert hat. Einer der Pole sieht in der *imperialen Lebensweise* des »Globalen Nordens«, die auf der Ausbeutung der Ressourcen des »Globalen Südens« beruhe, den zentralen Wertfluss, der die globale Ungleichheit vorantreibt. OECD und Weltbank folgen dagegen der Auffassung, durch einen

»trickle-down-effect« im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten würden die Länder des Südens generell von globalen Wirtschaftsbeziehungen profitieren (»Aufwertungseffekt«). Ein dritter Pol der Debatte betrachtet ungleiche globale Entwicklung im Kontext lokaler und globaler Klassendynamiken, von denen internationale Wirtschaftsbeziehungen nicht zu abstrahieren sind. Dass die vorliegende Untersuchung der argentinischen Agrarindustrie zum dritten Pol gehört, wird schnell deutlich.

Bernholds Fokus auf die Agrarindustrie Argentiniens ist nicht zufällig gewählt: Der landwirtschaftliche Sektor hat hier in den letzten Jahrzehnten ein »Upgrade« zu einer industrialisierten und konzentrierten Landwirtschaft vollzogen. Das *upgrading* (»Aufwertung« durch Verbesserung von bspw. Produktionsprozessen oder Produkten) der Landwirtschaft ging einher mit dem Versprechen wirtschaftlichen Wachstums, das die allgemeine ökonomisch-soziale Entwicklung für das ganze Land vorantreiben soll und daher von unterschiedlichsten Akteuren als Erfolgsgeschichte dargestellt wird. Dieses Narrativ wird von Bernhold in Frage gestellt: »Ist die Performance der Agrarindustrie in Argentinien wirklich eine Erfolgsstory?«, um dann die Frage anzuschließen: »Und wenn ja, für wen?« (eig. Übers., 13).

Um diese Frage theoretisch und empirisch zu beantworten, widmet sie sich zunächst der Rolle von Ideologie und materiellen Verhältnissen im Kapitalismus. Aufbauend auf Marx, Engels, Gramsci und die Frankfurter Schule geht sie davon aus, dass Ideologie nicht zuletzt dem besonderen Interesse derer dient, die vom Erhalt des Status quo des globalen Kapitalismus profitieren (36). Damit nimmt sie einen selbsterwachte-

nen historisch-materialistischen Standpunkt ein und zeigt, dass das Paradigma der *Global Value Chains* (GVC), das der gesamtgesellschaftlichen Erfolgserzählung über die argentinische Agrarindustrie zugrunde liegt, an der Realität scheitert. Mehr noch: Ihre immanente Kritik zeigt, dass das Paradigma seinem eigenen Anspruch nicht genügt. Statt dass es erklärt, wie globale ungleiche Entwicklung überwunden werden kann, verdeckt es die Wurzeln der Ungleichheit selbst (55).

So ist es nicht verwunderlich, dass die Interviewpartner der Autorin – Unternehmer der argentinischen Agrarindustrie – das GVC-Paradigma nutzen, um ihre Unternehmensstrategie zu definieren und um ihr Handeln ideologisch in den Entwicklungsdiskurs einzubetten (268). Bernhold zeigt zudem, dass das GVC-Paradigma einige Überschneidungen mit Wallersteins Weltssystemtheorie aufweist, der zufolge das hoch industrialisierte Zentrum des globalen Kapitalismus durch ungleichen Tausch Mehrwert aus der ressourcenreichen, weniger entwickelten Peripherie abschöpft (Wallerstein 2004; 2011). Wallersteins Theorie differenziert aber nicht nach Klassenverhältnissen innerhalb des Zentrums und der Peripherie. Darin, so die Kritik der Autorin, sei die Möglichkeit angelegt, Elemente der Theorie als ideologische Stütze von Ausbeutung zu vereinnahmen – hier in der Weiterentwicklung des GVC-Paradigmas, das nicht danach fragt, wem genau die Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung zugutekommt. Was im Buch allerdings fehlt und hinter dem Anspruch historisch-materialistischer Ideologiekritik zurückbleibt, ist eine Betrachtung der Entwicklung der Weltssystemtheorie selbst im Verhältnis zur sozial-materiel-

len Entwicklungen der Welt, wie bspw. das Ende der Kolonialherrschaft.

Daran anschließend untersucht Bernhold in ihrer Studie die ökonomischen und politischen Entwicklungen im Verhältnis zueinander. Sie zeigt, dass die Konzentration der Landwirtschaft, bei der das konstante Kapital gegenüber der menschlichen Arbeit an Bedeutung gewinnt, nicht erst durch die neoliberale Wirtschaftspolitik von Mauricio Macri ab 2015 gefördert wurde, sondern auch der peronistische Kirchnerismus zuvor schon das Ziel verfolgte, »natürlichen Ressourcen vor dem Export so viel Wert wie möglich hinzuzufügen« (eig. Übers., 164). Wo *upgrading* mit der Konzentration von Kapital einhergehe, generiere dieser Prozess durchaus Aufsteiger – nämlich die Kapitaleigner in Argentinien und die Investoren aus dem Ausland (323; 326), und zwar auf Kosten anderer, vor allem von Lohnabhängigen. Bernhold zeigt exemplarisch, wie Unternehmen *upgrading* durch umstrukturierte Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse erreichen (Kapitel 10): Dazu zählt das Drängen in die »Scheinselbstständigkeit« von *White-Collar*-Beschäftigung; die faktische Kontrolle über kleine Unternehmen, die als Abnehmer und Zulieferer fungieren; und das Outsourcing von *Blue-Collar*-Beschäftigung an Dritt-Unternehmer (417f.). Nun sollte die relative Proletarisierung der Arbeiter durch die sinkende Nachfrage nach Arbeit im Prozess der Konzentration von Kapital eigentlich zu einer steigenden Bedeutung von Gewerkschaften führen. Aber

gerade das Fehlen der klassischen Arbeitsplätze und die soziale und geografische Fragmentierung der Arbeiterschaft behindere jene gewerkschaftliche Organisierung, die im Prozess des *upgradings* ökonomische und politische Machthebel bedeuten könnte (409). Bernhold kann damit zeigen, dass das *upgrading* der argentinischen Agrarindustrie globaler Ungleichheit nicht entgegen wirkt, sondern es für weite Teile der Bevölkerung eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen bedeutet; die vermeintliche Erfolgsgeschichte beschränkt sich auf die Kapitaleigner.

Das Buch ist aus methodischen wie inhaltlichen Gründen lesenswert. Methodisch, weil die Autorin dem klassischen Aufbau wissenschaftlicher Arbeiten einen bedeutenden Schritt hinzufügt: die oben genannte Ideologiekritik. Mit einer »theoretisch-methodologischen Notiz« (Kapitel 2), in der sie auf die Rolle von Theoriebildung im historischen Kontext eingeht, legt sie den Grundstein für den dialektischen Schritt vom Abstrakten zum Konkreten – also das Aufzeigen des Allgemeinen im Einzelnen. Inhaltlich ist das Buch wegen der differenzierten Betrachtung globaler Entwicklungstendenzen lesenswert, die mit dem Irrglauben, dass wirtschaftliche Entwicklung pauschal soziale Entwicklung mit sich brächte, aber auch damit, dass der »Globale Süden« homogen ausgebeutet würde, wissenschaftlich Einhalt bietet.

Marcella Dillig

Krise.Macht.Arbeit

Hans-Jürgen Urban, Stephan Hebel: Krise. Macht.Arbeit. Über Krisen des Kapitalismus und Pfade in eine nachhaltige Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York 2023, Campus-Verlag, 200 Seiten, 27,00 Euro.

Ein ungewöhnliches Buch. Und ein ungewöhnliches Autoren-Gespann. Hans-Jürgen Urban ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und kandidiert im Oktober erneut für dieses – dann voraussichtlich von sieben auf fünf Personen verkleinerte- Gremium. Und ist außerdem seit Kurzem Honorarprofessor am Institut für Soziologie der Uni Jena. Stephan Hebel war langjähriger Redakteur der Frankfurter Rundschau und ist als Autor und Journalist weiterhin an vielen Orten aktiv, wo linke Positionen argumentativ zu verteidigen sind. Er stellt die Fragen in diesem Interview-Band, hakt nach, fordert Präzisierung, formuliert Einwände. Herausgekommen ist ein – in Anbetracht des enorm breiten Themenfächers – überraschend schmales und dabei sehr dichtes Buch.

Urban will »zwei Entwicklungen zusammenführen«. Zum einen die »wieder zunehmende Bereitschaft der Gewerkschaften, in ihren Strategiedebatten stärker den Dialog mit der kritischen Wissenschaft zu suchen«. Andererseits »die soziologische Forschung«, die er wieder näher an die »gesellschaftlichen Problemlagen« heranzuführen will (8). Außerdem soll der Band »ein Orientierungsangebot für die vielen Kolleg:innen aus dem gewerkschaftlichen Bereich« liefern – es soll also »auch« von den haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftskolleg:innen, von den Betriebsräten und Vertrauensleuten gelesen werden. Das sind Adressaten ganz verschiedener Welten,

die einander oftmals fremd sind, um es milde auszudrücken.

In den insgesamt neun Kapiteln des Buches arbeitet Urban sich an den »zentralen Konfliktachsen« (131) entlang, in denen sich die Krisen der Gegenwart äußern. Er hat dabei die Aufgabenstellung »progressiver Gegenhegemonie« (20) immer im Blick, um die es nicht gut aussieht: Er liefert Problemanalysen, Blicke auf notwendige Alternativen, auf Hindernisse und Widersprüche, schließlich geht er auch auf einschlägige linke Debatten ein, auf Kontroversen und Konflikte.

Jedem Kapitel stellt er eine Art Eigenzitat voran, in dem er seine nachstehende Argumentation in komprimierter Form zusammenfasst. Beim ersten Kapitel »Gesellschaft in der Krise: Diagnosen und Debatten« liest sich das so: »Also, die Rechte kann sich auf die Welt, so wie sie ist, und auf Tendenzen stützen, die sich in der Krise ohnehin verstärken. Aber die Linke muss die gesellschaftliche Welt neu erfinden und das Wagnis von Politikangeboten eingehen, für die es keine Erfolgsgarantie gibt.« (11) Darum geht es. Überall ist Krise. Eine »Rückkehr« in die trügerische Sicherheit der »Vorkrisennormalität« (11) gibt es nicht. Bei vielen Menschen habe sich eine »zornige Resignation« (12) herausgebildet, mit wichtigen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland (12). Mit dem Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer schlussfolgert Urban, dass und wie »die Krisenwallungen der Gegenwart eine Gelegenheitsstruktur für autoritäre Bewegungen liefern« (17). Wenn die sozialen Spaltungen tiefer und die »sozialstaatlichen Ressourcen knapper« werden, »gewinnen ethnische Herkunft, Nationalität und Geschlecht« beim Kampf um die »Zugriffsrechte auf

die knapper werdenden Güter« an Bedeutung (19).

Die Vielfalt der behandelten Themen kann hier nur in Stichworten angedeutet werden. Im nächsten Kapitel setzt er sich mit der »spontanen Neigung der gewerkschaftlichen Basis zu einem gewissen Strukturkonservatismus« (40) auseinander – und nicht nur der Basis, möchte man hinzufügen. So sieht er zutreffend das Engagement für den »Schutz der lebendigen Arbeit« als das »Kerngeschäft der Gewerkschaften«. Aber die Lohnabhängigen sind zugleich auch Erdenbewohner. Der Kapitalismus untergräbt nicht nur »den Arbeiter«, wie Marx formulierte, sondern auch »die Erde«. Das nicht zuzulassen gehört ebenfalls zu den Lohnabhängigeninteressen, die die Gewerkschaften verteidigen müssen, was aber häufig und fälschlich nicht als deren »Kerngeschäft« betrachtet wird (40). Dies wäre auch eine Basis für die von Urban geforderte notwendige Zusammenarbeit von Gewerkschafts- und Klimabewegung, bei der sich alle schwertun.

Dahinter steht die Einsicht, dass der »fossile Wohlfahrtsstaat« als früheres »Erfolgsmodell« an seine Grenzen gestoßen ist (45ff.). Urban zitiert Eric Hobsbawms Feststellung, dies sei »das goldene Zeitalter des globalen Kapitalismus gewesen« (60). Das ist vorbei. Und wohin es jetzt gehen soll, darüber wird erbittert gestritten. In diesem Streit müssten, so Urbans Plädoyer, die Gewerkschaften ihr politisches Mandat auch wirklich wahrnehmen (81ff.), eine Forderung, die in den Gewerkschaften nicht überall auf Gegenliebe stößt. »Wir müssen über ein neues wirtschaftliches und soziales Entwicklungsmodell nachdenken, das ein gedrosseltes und naturverträgliches Wachstum mit der Neubegründung von Verteilungsgerechtigkeit, materiellem

Wohlstand und sozialer Sicherheit verbindet. Nicht unsere historischen Ziele sind obsolet«, so Urban, »aber wir müssen sie auf eine neue, eine nachhaltige Grundlage stellen. Das scheint mir die zentrale Herausforderung zu sein ...« (56) Dazu braucht es »strategische Allianzen in der Gesellschaft« (98). Nämlich »eine sozialökologische Reformallianz«, die vor allem »aus den Gewerkschaften und unterschiedlichen Teilen der Umweltbewegung gebildet werden« müsse und die auch »die Wohlfahrtsverbände« sowie »die vielfältigen regionalen und lokalen Basisinitiativen« einschließt – und schließlich auch »die Intellektuellen, die Intelligenz« (98f.).

Im Kapitel sieben seines Buches wendet sich Urban den »Klassen- und Identitätsfragen als essentielle(n) Felder(n) linker Wissenschaft und Politik« zu – auch ein Thema, bei dem es in den linken Debatten hoch her geht. In seinem einleitenden Eigenzitat schreibt er: »Da klassen- und identitätspolitische Themen so eng miteinander verschränkt sind, muss linke Politik beide adressieren. Die Überwindung der Klassenstruktur muss kardinales Ziel kapitalismuskritischer Positionen bleiben. Aber die Bekämpfung von Sexismus, Rassismus und globaler Ausbeutung ist mit Blick auf eine gute Gesellschaft der Freien und Gleichen doch nicht weniger bedeutsam.« Entscheidend sei, dass diese Probleme »in kapitalistischen Gesellschaften eben nicht aus der ökonomischen Struktur und den sozialen Klassenverhältnissen herausgelöst werden. So einfach und zugleich so kompliziert ist das.« (131) Also doch Haupt- und Nebenwidersprüche? Nein, davon ist keine Rede. Aber die Argumentation bewegt sich hier auf schmalen Grat.

Hier sieht Urban auch »eine der zentralen Konfliktachsen in der deutschen und internationalen Linken« (ebd.) Den an diesen Debatten Beteiligten attestiert er eine »oftmals anzutreffende Unfähigkeit zum sachlichen innerlinken Diskurs« (132). Es sei aber notwendig, »die überschießende Aggressivität aus der linken Debatte zu nehmen« (138). Urban zieht hierfür – wie auch bei anderen Themen – mehrere theoretische Quellen heran: zunächst Marx selbst, seine Einsicht, dass die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens zwar nicht das alleinige, aber das »in letzter Instanz« bestimmende Moment der gesellschaftlichen Entwicklung sei. Gegen – darauf basierende – verkürzte Kapitalismuskonzeptionen wandte sich vor allem Gramsci mit seiner Hegemonietheorie, den Urban als nächsten nennt, vor allem seinen Hinweis, neben dem staatlichen Zwang beruhe die Stabilität des Kapitalismus auf seiner Fähigkeit zur (alltags-)kulturellen Hegemonie, der Fähigkeit, einen Konsens mit den »Subalternen« herzustellen (140). Die Herrschafts-, Ausbeutungs- und Diskriminierungsformen im Kapitalismus könnten daher auch nicht ausschließlich »politökonomisch verengt« erklärt werden. Heute allerdings, so Urban, müsse Gramscis Hegemonietheorie nochmals erweitert werden, weil auch sie nicht »über das begriffliche Instrumentarium zur Analyse von Macht-, Herrschafts- und Diskriminierungsverhältnissen in allen Sphären der Gesellschaft« verfüge (142). Was diese weiteren Sphären der Gesellschaft betrifft, plädiert Urban dafür, vor allem die theoretischen Arbeiten von Foucault und Bourdieu über die »verborgenen Mechanismen der Macht« zur Kenntnis zu nehmen (142). Vor allem Bourdieu habe »das relative Eigenleben der nichtökonomischen Faktoren« überzeugend analysiert

(143). Mit diesem Instrumentarium sei es aus linker Sicht möglich zu verstehen, wie Patriarchat und Rassismus, die beide älter seien als der Kapitalismus selbst, in diesem so hartnäckig existierten und von ihm wirksam genutzt würden (149).

Die letzten Kapitel seines Buches schließen mit seinem theoretischen Konzept einer »Mosaiklinken«, deren Akteure jene Projekte aufspüren müssten, »die relevant für die Herausbildung kollektiver Handlungsfähigkeit und die erfolgreiche Transformation des Gegenwartskapitalismus sind« (160). Dabei müsse eine zeitgemäße Kapitalismuskritik »das verbindende Element zwischen den vielen Einzelthemen und Bewegungsteilen« sein (153). Urban weiß sehr gut, dass die Realität davon weit entfernt ist, es handle sich um einen »Idealzustand« (158). Es müsse »verstärkt über die Regeln der internen Verständigung und der Austragung von Konflikten nachgedacht werden« (156). Urban beweist selbst, dass dieser kontroverse linke Diskurs sehr wohl sachlich geführt werden kann. Sein Buch könnte dazu beitragen, weitere linke Debatten in diesem Sinne positiv zu beeinflussen. Dann wäre schon viel erreicht. Beiden Adressatenkreisen – gewerkschaftlichen Funktionsträgern wie der gesellschaftlichen Linken – wird viel zum Nachdenken geboten, beiden wird viel an gedanklicher Arbeit abverlangt und beiden ist dringend empfohlen, dieses bemerkenswerte theoretisch-praktische Angebot eines Gewerkschaftsfunktionärs zur Kenntnis zu nehmen, der in der Welt des gewerkschaftlichen Alltagskampfes und der wissenschaftlichen Gesellschaftsanalyse gleichermaßen zuhause ist – auf dem Boden marxistischen Denkens.

Jürgen Reusch